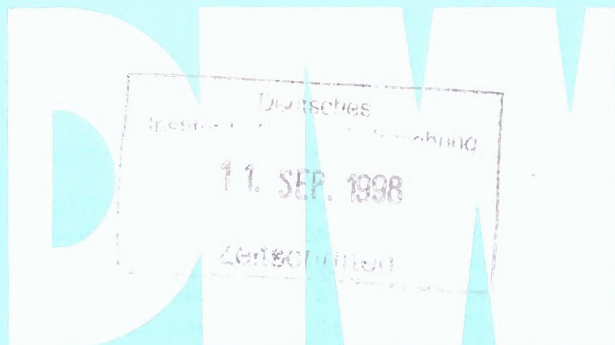




Arbeitszeitpräferenzen in West- und Ostdeutschland 1997 — Potential für Verkürzung der Arbeitszeit gesunken	667
Lehrstellenmangel in Deutschland bisher nicht behoben	678

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 37/98

Berlin

Bibliothek

10. September 1998

65. Jahrgang

Arbeitszeitpräferenzen in West- und Ostdeutschland 1997

Potential für Verkürzung der Arbeitszeit gesunken

Die Bereitschaft zur weiteren Verkürzung der Erwerbsarbeit ist bei den Beschäftigten angesichts von Real-einkommenseinbußen und ohnehin gesunkenen Arbeitszeiten weniger ausgeprägt als 1993. Zugenommen hat hingegen der Anteil derjenigen, die eine Ausweitung der Erwerbsarbeit anstreben — insbesondere bei den Teilzeitbeschäftigten. Rechnet man die Wünsche nach Erhöhung und Reduzierung der Arbeitszeit gegeneinander auf und stellt sie der vereinbarten Arbeitszeit gegenüber, dann läßt sich für 1997 (im Unterschied zu 1993) aus den Arbeitszeitwünschen der Beschäftigten in Deutschland kein Potential mehr ableiten, das für die Beschäftigung von Nichterwerbstätigen zur Verfügung steht. Gleichwohl gibt es prägnante Unterschiede in den Arbeitszeitpräferenzen zwischen Männern und Frauen und zwischen West- und Ostdeutschland.

In der öffentlichen Diskussion werden immer wieder Möglichkeiten zur Umverteilung von bezahlter Arbeit oder zur Sicherung von Arbeitsplätzen durch eine Verkürzung der Arbeitszeit diskutiert.¹ In den vergangenen Jahren wurde — vielfach auch initiiert, um betriebsbedingte Entlassungen zu vermeiden² — bereits eine Reihe von Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung (auch ohne Lohnausgleich) in die Praxis umgesetzt. Die Akzeptanz derartiger Maßnahmen hängt von den Arbeitszeitwünschen der Beschäftigten ab. Ihnen geht der nachfolgende Bericht schwerpunktmäßig nach.³

Der Analyse liegen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zugrunde.⁴ Bereits 1994 veröffentlichte das DIW eine Analyse zu Arbeitszeitpräferenzen auf der Basis von Daten aus dem Jahr 1993.⁵ Jetzt wurde diese Untersuchung für 1997 zum Teil aktualisiert. Der Bericht beschränkt sich auf die zum jeweiligen Befragungszeitpunkt in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis stehenden Erwerbstätigen (ohne gewerbliche und kaufmännische Auszubildende).

¹ Vgl. z.B. Peter Schnur et al., Wege zu mehr Beschäftigung. Strategiebündel immer noch tragfähig. In: IAB Kurzbericht Nr. 4/98.

² Vgl. zu den sozialen und ökonomischen Folgen beschäftigungssichernder Arbeitszeitkürzungen Markus Promberger et al. (Hrsg.), Weniger Geld, kürzere Arbeitszeit, sichere Jobs?, Berlin 1997.

³ Zur Entwicklung der Arbeitszeitwünsche von Nichterwerbstätigen vgl. auch Hohe Fluktuation in der Stillen Reserve. Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 47/97, S. 921-928.

⁴ Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung von rund 13 000 erwachsenen Personen in Privathaushalten, die jährlich seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland durchgeführt wird. Vgl. hierzu auch Projektgruppe Panel, Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/1995, S. 5-15.

⁵ Ist Teilzeitarbeit der richtige Weg? Arbeitszeitpräferenzen in West- und Ostdeutschland. Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 35/94.

Struktur der Beschäftigungsverhältnisse

Nach wie vor ging der überwiegende Teil der Erwerbstätigen in Westdeutschland einer sozialversicherungspflichtigen Vollbeschäftigung nach (Tabelle 1). Allerdings hat ihre Bedeutung im Vergleich zu 1993 deutlich abgenommen. Absolut gingen von 1993 bis 1997 über 1,5 Millionen solcher Beschäftigungsverhältnisse verloren, davon über 0,6 Millionen bei den Männern und knapp 0,9 Millionen bei den Frauen. Diese Veränderung ging mit einem Anstieg der Teilzeitarbeit einher, die sich bei den Männern insbesondere bei der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeit (rund 430 000), bei den Frauen hingegen bei der sozialversicherungsfreien geringfügigen Beschäftigung (knapp 500 000) niederschlug. Im Jahr 1997 waren 17 % der erwerbstätigen Frauen geringfügig beschäftigt; bei den Männern waren es 6 %.

Von den in Westdeutschland im SOEP Befragten übten im Frühjahr 1997 — einschließlich geringfügiger Beschäftigung — 45 % (1993: 40 %) der abhängig beschäftigten Frauen, aber nur 6 % (1993: 4 %) der Männer eine Teilzeitarbeit⁶ aus (Tabelle 2). Befragt nach dem Umfang

⁶ Gewöhnlich ist Teilzeitarbeit dadurch charakterisiert, daß die vertragliche Wochenarbeitszeit unterhalb der betriebsüblichen Stundenzahl für Vollzeitkräfte liegt. Teilzeitarbeit hat hiernach häufig einen Beschäftigungsumfang von weniger als 35 Stunden pro Woche. Vor dem Hintergrund der stufenweisen Verkürzung der Wochenarbeitszeiten in den letzten Jahren und der differierenden tariflichen Wochenarbeitszeiten in den einzelnen Branchen wird es jedoch immer schwieriger, eine bestimmte Wochenstundenzahl zur generellen Abgrenzung von Voll- und Teilzeitarbeit festzulegen. Im folgenden wird deshalb — wenn von Teilzeitarbeit die Rede ist — von der Selbstzuordnung der Befragten ausgegangen.

Tabelle 1

Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse in West- und Ostdeutschland

Berufliche Stellung	Männer			Frauen			Ver- änderung 1997 zu 1993 Männer und Frauen
	1993	1997	Ver- änderung 1997 zu 1993	1993	1997	Ver- änderung 1997 zu 1993	
	Westdeutschland						
	in %	in 1000		in %	in 1000		
Sozialversicherungspflichtig	72	74	—189	67	62	—709	—898
Vollzeitbeschäftigt	71	70	—617	46	40	—885	—1 502
Teilzeitbeschäftigt	1	4	428	21	22	176	604
Beamte	10	9	—243	5	5	27	—216
Selbständige	12	11	—241	10	10	—73	—314
Mithelfende Familienangehörige	1	1	—9	3	3	—127	—136
Geringfügig Beschäftigte	6	6	—42	14	17	487	446
darunter: mit subjektiver Zuordnung „Erwerbstätig“	2	2	—100	10	10	81	—19
Mutterschafts-/Erziehungsurlaub	0	0	—18	5	6	237	220
Erwerbstätige insgesamt in 1000 ¹⁾	17 559	16 826	—733	14 078	14 048	—30	—763
	Ostdeutschland						
	in %	in 1000		in %	in 1000		
Sozialversicherungspflichtig	85	80	—131	86	73	—217	—348
Vollzeitbeschäftigt	84	79	—154	72	56	—358	—512
Teilzeitbeschäftigt	1	2	23	14	17	141	164
Beamte	2	4	52	1	2	56	109
Selbständige	9	10	48	5	8	98	147
Mithelfende Familienangehörige	0	2	44	1	1	7	51
Geringfügig Beschäftigte	4	6	79	4	11	241	320
darunter: mit subjektiver Zuordnung „Erwerbstätig“	1	1	—3	1	2	27	24
Mutterschafts-/Erziehungsurlaub	0	0	4	4	6	78	82
Erwerbstätige insgesamt in 1000 ¹⁾	3 605	3 657	52	3 133	3 390	256	309

¹⁾ Errechnet als Gesamtzahl der Erwerbstätigen nach Mikrozensus ohne geringfügig Beschäftigte plus SOEP-Anteil an geringfügig Beschäftigten.

Quelle: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), 1993, 1997.

Tabelle 2

Wunscharbeitszeit abhängig Beschäftigter in West- und Ostdeutschland¹⁾ 1997
in %

Wunscharbeitszeit ²⁾	Insgesamt	Männer		Insgesamt	Frauen	
		Insgesamt	Vollzeit- beschäftigte		Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit beschäftigte ³⁾
Westdetuschland						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
1 bis 14 Std.	5	2	1	9	2	19
15 bis 19 Std.	3	0	0	6	0	14
20 Std.	8	1	1	16	3	32
21 bis 29 Std.	5	1	1	10	6	15
30 Std.	12	8	7	16	20	11
31 bis 34 Std.	2	1	1	3	4	1
35 Std.	12	14	15	8	14	2
36 bis 40 Std.	43	54	55	29	46	7
41 Std. und mehr	12	18	19	3	6	1
<i>Nachrichtlich:</i>						
Fallzahl (Stichprobe)	4 611	2 633	2 523	1 978	1 132	846
Beschäftigte in 1000 (hochgerechnet)	23 453	13 439	12 560	10 015	5 511	4 504
Anteile	100,0	100,0	93,5	100,0	55,0	45,0
Ostdeutschland						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
1 bis 14 Std.	2	3	3	2	1	3
15 bis 19 Std.	0	0	0	0	0	1
20 Std.	2	1	1	3	1	9
21 bis 29 Std.	3	1	1	5	2	15
30 Std.	10	4	4	17	15	24
31 bis 34 Std.	2	0	0	3	1	10
35 Std.	12	10	10	15	17	9
36 bis 40 Std.	55	61	61	47	54	27
41 Std. und mehr	14	20	21	7	9	0
<i>Nachrichtlich:</i>						
Fallzahl (Stichprobe)	1 732	902	882	830	635	195
Beschäftigte in 1000 (hochgerechnet)	5 265	2 816	2 742	2 449	1 800	649
Anteile	100,0	100,0	97,4	100,0	73,5	26,5

1) Arbeitszeitumfang nach Selbstzuordnung der Beschäftigten (einschl. Beamte). Ohne Auszubildende. — 2) Frage zur Wunscharbeitszeit: „Wenn Sie den Umfang Ihrer Arbeitszeit selbst wählen könnten und dabei berücksichtigen, daß sich Ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändern würde: Wie viele Stunden in der Woche würden Sie dann am liebsten arbeiten?“ — 3) Ohne geringfügig Beschäftigte mit subjektiver Zuordnung als „Nichterwerbstätige“.

Quelle: SOEP 1997.

ihrer Wunscharbeitszeit⁷, wollten insgesamt jedoch 60 % (1993: 57 %) der Frauen und 13 % der Männer (1993: 11 %) weniger als 35 Stunden pro Woche erwerbstätig sein.

Einer Arbeitszeit von 35 und mehr Stunden möchten vor allem Vollzeitbeschäftigte nachgehen (Frauen 66 %, Männer 89 %), und fast jeder fünfte vollzeitbeschäftigte Mann (Frauen 6 %) wollte über 40 Stunden hinaus arbeiten. 1993 war die Bereitschaft zu solchen langen Arbeitszeiten bei nur reichlich jedem zehnten Mann vorhanden gewesen (Frauen 3 %). Vollzeitbeschäftigte, die lieber einer Teil-

zeitarbeit nachgehen würden, strebten im Schwerpunkt eine Arbeitszeit von 30 Stunden (Männer 7 %, Frauen 20 %) an. Eine Erwerbsarbeit unter 30 Stunden pro Woche war für deutlich weniger Vollzeitbeschäftigte attraktiv (Männer 3 %, Frauen 11 %).

⁷ Die Frage nach der Wunscharbeitszeit wird im SOEP gestellt unter Berücksichtigung, „daß sich Ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändern würde“. Damit können sowohl Analysen zu Wünschen bezüglich Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich als auch zur bezahlten Mehrarbeit durchgeführt werden.

In Teilzeit beschäftigte Frauen sprachen sich hingegen zu 91 % (1993: 94 %) für eine Beschäftigung bis zu 30 Stunden pro Woche aus. Geringfügige Beschäftigung (unter 15 Stunden) wünschten sich 19 % der teilzeitbeschäftigten Frauen, rund ein Drittel präferierte die 20-Stunden-Woche.

Die Arbeitszeitwünsche spiegeln die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Haushalt wider, wonach der Mann vorwiegend für den finanziellen Unterhalt der Familie zuständig ist, die Frau dagegen die Haus- und Familienarbeit übernimmt.⁸ Daran hat sich auch über einen längeren Zeitraum nichts Grundsätzliches geändert (Abbildung). Allerdings unterliegen die individuellen Präferenzen starken Schwankungen. Darin schlagen sich konjunkturelle Effekte, die Entwicklung der Realeinkommen, aber auch Sondereinflüsse nieder.

So ist der ungewöhnliche Anstieg des Wunsches nach einer Arbeitszeit von bis zu 30 Wochenstunden von 1994 auf 1995 wohl einem „VW-Effekt“ zuzuschreiben. Das auf einer 28,8-Stunden-Woche beruhende neue Arbeitszeitkonzept von VW wurde zwar bereits Ende 1993 eingeführt, es etablierte sich (auch in der Öffentlichkeit) jedoch erst im Laufes des Jahres 1994⁹ und bewirkte eine breite Auseinandersetzung mit Arbeitsverhältnissen unterhalb der „Normalarbeitszeit“.

... im Vergleich zur vereinbarten Arbeitszeit

Ein differenzierteres Bild der Arbeitszeitpräferenzen ergibt sich aus der Gegenüberstellung von vereinbarter und gewünschter Arbeitszeit für jede einzelne erwerbstätige Person (Tabelle 3). Dabei wird angenommen, daß Wunsch und Wirklichkeit dann übereinstimmen, wenn die vereinbarte Arbeitszeit von der gewünschten nicht mehr als 1,5 Stunden abweicht. Der Wunsch, *etwas weniger/mehr* (gegen Entgelt) arbeiten zu wollen, wird unterstellt bei einer Abweichung zwischen zwei und fünf Stunden (jeweils im Minus- oder Plusbereich). Als *erheblich* wird die gewünschte Arbeitszeitreduzierung oder Mehrarbeit angesehen, wenn die Differenz sechs und mehr Wochenstunden beträgt.

Die Analyse zeigt, daß 1997 im Durchschnitt nur vier von zehn Beschäftigten mit ihrer Arbeitszeit zufrieden waren (Tabelle 3). Reichlich ein Drittel der Männer (Frauen 27 %) wollte die Arbeitszeit verlängern, nur noch 25 % die Arbeitszeit verkürzen (Frauen 29 %). Gegenüber 1993 hat damit die Bereitschaft zur Verkürzung der Arbeitszeit leicht abgenommen (1993: Männer 29 %, Frauen 36 %), die zur Ausweitung der Arbeitszeit hingegen deutlich zugenommen (1993: Männer 23 %, Frauen 11 %).

Sehr unzufrieden mit ihrem Arbeitsumfang sind Personen mit ungewöhnlich langen wöchentlichen Arbeitszeiten. Bei nur einem Fünftel der Männer mit einer Arbeitszeit von über 40 Stunden entsprach dieses Arbeitszeitarrangement auch den eigenen Vorstellungen. Gut 60 % wünsch-

ten hingegen eine Arbeitszeitreduktion, der Großteil davon in erheblichem Umfang. Eine weitere sehr unzufriedene Gruppe stellten Männer mit einer Arbeitszeit unter 35 Stunden dar. Hier entsprachen sich Erwerbswunsch und Erwerbswirklichkeit in nur 27 % der Fälle. Kaum jemand wollte die Arbeitszeit reduzieren. 67 % wollten ihre Arbeitszeit aber ausdehnen, die meisten sogar erheblich.

Den höchsten Anteil Zufriedener gab es bei abhängig beschäftigten Männern mit einer vereinbarten Arbeitszeit von 36 bis 40 Stunden (47%). Sie stellten auch den größten Teil der abhängig Beschäftigten. Ein Viertel dieser Arbeitnehmer äußerte den Wunsch nach Verkürzung der Arbeitszeit, wobei Reduktionen von zwei bis fünf Stunden im Vordergrund standen (16 %). Etwas höher war der Anteil jener, die länger erwerbstätig sein wollten. Knapp drei von zehn Männern äußerten den Wunsch nach Ausdehnung ihrer Arbeitszeit, davon die Hälfte in erheblichem Umfang.

Von den Frauen wollten 1997 fast ebenso viele ihre Arbeitszeit ausweiten (27 %) wie einschränken (29 %). Im Jahr 1993 betrugen diese Anteile 11 % bzw. 36 %. Nach wie vor sprechen sich in Vollzeit erwerbstätige Frauen wesentlich häufiger als Männer dafür aus, ihre Wochenarbeitszeit zu reduzieren, reichlich ein Viertel sogar erheblich.

Nach den Ergebnissen des SOEP sind jüngere Männer mit ihrer Arbeitszeit eher zufrieden. Viele Ältere würden dagegen gern ihre Arbeitszeit verkürzen (Tabelle 4). Offensichtlich trifft das gesetzliche Angebot zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand (Altersteilzeitgesetz)¹⁰ auch auf einen bestehenden Bedarf. Bei den Jüngeren überwog der Wunsch nach Ausweitung des Beschäftigungsumfangs.

⁸ Auf diesen impliziten Sozialkontrakt in Gesellschaft und Familie weist auch die OECD hin und bemerkt zugleich, daß dieser Sozialvertrag mit der Realität der Lebenswelten der Geschlechter zunehmend im Widerstreit steht, da diese immer weniger traditionelle Lebensformen wählen. Vgl. OECD, *Women and Structural Change. New Perspectives*, Paris 1994, S. 19.

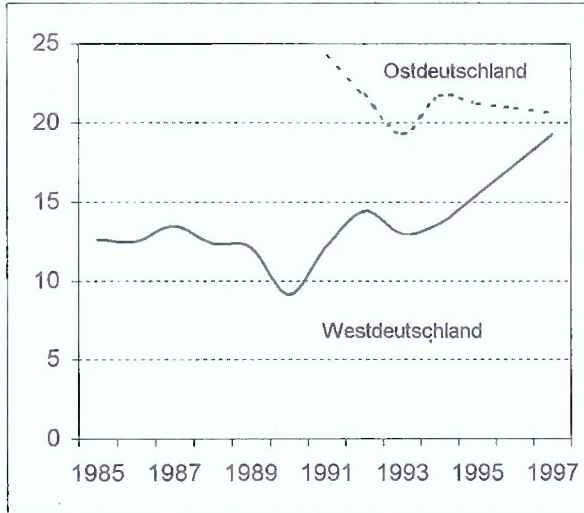
⁹ Vgl. Peter Harz, *Jeder Arbeitsplatz hat ein Gesicht — Die Volkswagen-Lösung*, Frankfurt-New York 1994 sowie Promberger et al., a. a. O.

¹⁰ Mit diesem seit 1996 bestehenden Gesetz können ab 1998 Personen ab 55 Jahren, die in den letzten fünf Jahren mindestens drei Jahre vollzeitbeschäftigt waren, ihre Arbeitszeit auf die Hälfte der tariflichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeiten vermindern. Sie erhalten (unter bestimmten Bedingungen) in der Regel mindestens 70 % des pauschalierten Vollzeit-Nettoarbeitsentgelts, das sie erhalten hätten, wenn ihre Arbeitszeit nicht reduziert worden wäre. Die Förderleistungen des Arbeitsamtes werden pro Person für längstens fünf Jahre erbracht. Die Leistungen werden aber nur gewährt, wenn auf dem freigewordenen Arbeitsplatz ein arbeitslos gemeldeter Arbeitnehmer oder ein Arbeitnehmer nach Abschluß der Ausbildung beschäftigt wird. Vgl. hierzu ausführlich: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, *Neu: Mobilzeit ab 55*, Bonn 1998.

Arbeitszeitwünsche in Vollzeit abhängig Beschäftigter (ohne Auszubildende) in %

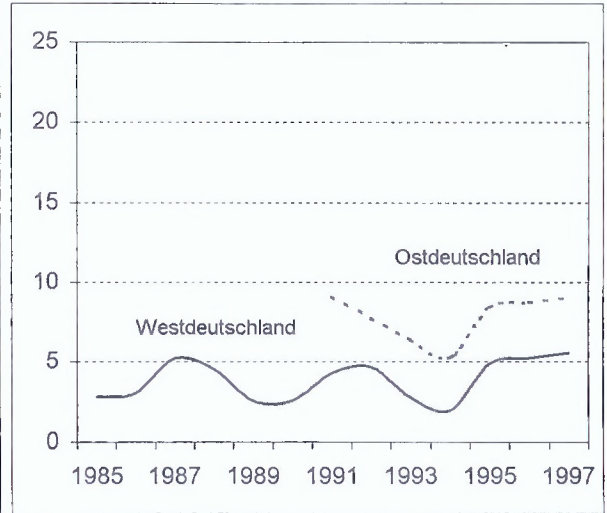
Männer

Es wollen 41 Std./Woche und mehr arbeiten

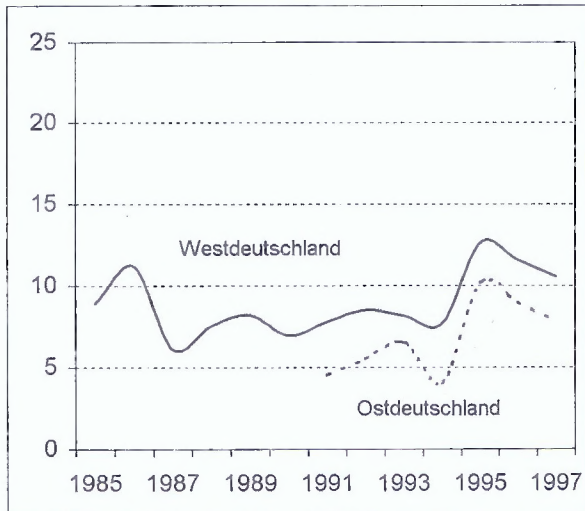


Frauen

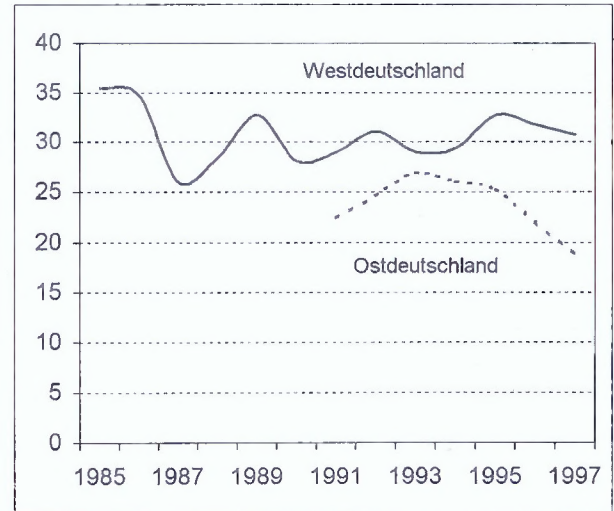
Es wollen 41 Std./Woche und mehr arbeiten



Es wollen 1 bis 30 Std./Woche arbeiten



Es wollen 1 bis 30 Std./Woche arbeiten



Quelle: SOEP.

DIW 98

Von gesellschaftspolitischer Bedeutung ist, daß mittlerweile 44 % der vollbeschäftigten Männer mit einem Kind unter drei Jahren im Haushalt ihre Arbeitszeit ausweiten wollten. Im Jahr 1993 wollte dagegen praktisch kein vollbeschäftigter Mann mit einem Kleinkind im Haushalt seine

Erwerbsarbeit ausdehnen, aber nahezu zwei Drittel strebten eine Verkürzung an (1997 nur noch ein knappes Fünftel). Es scheint so, als ob die Möglichkeit der Inanspruchnahme eines Erziehungsurlaubs bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres eines Kindes zu diesem Wandel bei-

Tabelle 3

Differenz zwischen vereinbarter Arbeitszeit und Wunscharbeitszeit abhängig Beschäftigter 1997¹⁾
Angaben in % der insgesamt in der jeweiligen Gruppe Befragten

	Insgesamt	Wunsch, weniger zu arbeiten ⁴⁾		Übereinstimmung ⁵⁾	Wunsch, mehr zu arbeiten ⁴⁾	
		6 und mehr Std./Woche	2 bis 5 Std./Woche		2 bis 5 Std./Woche	6 und mehr Std./Woche
Westdeutschland Männer						
Vereinbarte Arbeitszeit ²⁾						
1 bis 34 Std.	9	4	2	27	6	61
35 Std.	10	5	5	38	46	5
36 bis 40 Std.	71	9	16	47	14	15
41 und mehr Std.	10	48	14	20	5	13
Insgesamt	100	12	13	41	15	19
Arbeitszeitumfang ³⁾						
Teilzeit	7	3	3	32	4	59
Vollzeit	94	13	14	41	16	16
Beschäftigte in 1000 (hochgerechnet)	13 439	1 613	1 761	5 456	2 043	2 567
Westdeutschland Frauen						
Vereinbarte Arbeitszeit ²⁾						
1 bis 14 Std.	14	0	2	39	17	42
15 bis 19 Std.	8	4	10	48	19	19
20 Std.	10	1	9	62	4	23
21 bis 29 Std.	11	6	15	44	12	24
30 Std.	4	17	7	52	2	22
31 bis 34 Std.	1	18	20	51	5	6
35 Std.	4	10	12	38	39	0
36 bis 40 Std.	46	31	16	44	4	5
41 und mehr Std.	2	43	25	26	1	5
Insgesamt	100	17	12	44	9	18
Arbeitszeitumfang ³⁾						
Teilzeit	45	5	9	46	12	28
Vollzeit	55	27	15	42	6	9
Beschäftigte in 1000 (hochgerechnet)	10 015	1 723	1 212	4 417	881	1 783
Ostdeutschland Männer						
Vereinbarte Arbeitszeit ²⁾						
1 bis 34 Std.	5	0	7	32	4	57
35 Std.	2	0	4	7	86	3
36 bis 40 Std.	80	7	16	57	7	14
41 und mehr Std.	14	50	22	16	1	13
Insgesamt	100	12	15	48	7	17
Arbeitszeitumfang ³⁾						
Teilzeit	3	0	20	35	8	38
Vollzeit	97	12	15	49	7	17
Beschäftigte in 1000 (hochgerechnet)	2 816	329	431	1 363	208	484
Ostdeutschland Frauen						
Vereinbarte Arbeitszeit ²⁾						
1 bis 34 Std.	26	2	4	35	14	45
35 Std.	5	4	38	34	24	0
36 bis 40 Std.	65	18	25	46	6	6
41 und mehr Std.	5	47	12	19	2	21
Insgesamt	100	14	19	41	8	18
Arbeitszeitumfang ³⁾						
Teilzeit	27	4	9	33	14	39
Vollzeit	74	18	23	43	6	10
Beschäftigte in 1000 (hochgerechnet)	2 449	353	470	992	203	431

¹⁾ Einschließlich Beamte, ohne Auszubildende sowie ohne geringfügig Beschäftigte mit subjektiver Zuordnung als „Nichterwerbstätige“. — ²⁾ Frage zur vereinbarten Wochenarbeitszeit: „Wie viele Wochenstunden beträgt ihre vereinbarte Arbeitszeit ohne Überstunden?“ — ³⁾ Arbeitszeitumfang nach Selbstzuordnung der Befragten. — ⁴⁾ Frage zur Wunscharbeitszeit: „Wenn Sie den Umfang Ihrer Arbeitszeit selbst wählen könnten und dabei berücksichtigen, daß sich Ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändern würde: Wie viele Stunden in der Woche würden Sie dann am liebsten arbeiten?“
Quelle: SOEP 1997.

getragen hat.¹¹ Offensichtlich stellt diese Regelung keinen geschlechtsneutralen Weg zur Verbesserung der privaten Kinderbetreuung dar,¹² sondern wird fast ausschließlich von Frauen in Anspruch genommen und schafft für Männer einen Anreiz zur Ausweitung der Beschäftigung. Diese Entwicklung festigt die tradierte geschlechtsspezifische Rollenverteilung im Haushalt und wirkt der Intention entgegen, die Geschlechter in Familie und Beruf gleichzustellen.

Der Wunsch nach Ausweitung der Arbeitszeit mag verstärkt worden sein durch die in den letzten Jahren eingetretenen Realeinkommensverluste der abhängig Beschäftig-

¹¹ Für ab 1992 geborene Kinder wurde eine dreijährige Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs ermöglicht. Bis Ende 1993 war der Anspruch auf Erziehungsgeld teilweise einkommensabhängig, danach hing auch die Zahlung des Erziehungsgeldes im ersten halben Jahr vom Einkommen ab. Die Gewährung von Erziehungsgeld blieb auf die für 1992 festgelegte Grenze von zwei Jahren begrenzt. Dies bedeutet, daß im Frühjahr 1993 die Neuregelung sicherlich noch keine Effekte zeigen konnte, 1997 hingegen schon.

¹² „Seit Inkrafttreten des Bundeserziehungsgeldgesetzes (1986 Anm. d. Verf.) haben 97 % aller berechtigten Eltern (darunter allerdings nur ganz wenige Väter) von den Möglichkeiten Erziehungs-

Tabelle 4

Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) nach Geschlecht und Arbeitszeitwünschen in Westdeutschland 1997

	Von den vollzeitbeschäftigten Männern					Von den vollzeitbeschäftigten Frauen				
	in %	um 6 u. mehr Std. verkürzen	um 2 bis 5 Std. verkürzen	beibehalten ²⁾	um 2 u. mehr Std. verlängern	in %	um 6 u. mehr Std. verkürzen	um 2 bis 5 Std. verkürzen	beibehalten ²⁾	um 2 u. mehr Std. verlängern
	in vH									
Insgesamt	100	13	14	41	32	100	27	15	42	16
Altersgruppe										
16- bis 29jährige	16	7	17	43	33	28	23	14	50	14
30- bis 39jährige	39	11	14	40	35	30	29	17	40	15
40- bis 49jährige	25	11	12	44	33	25	29	17	39	15
50jährige und älter	21	22	13	39	25	18	30	11	40	19
Familienstand										
ledig	23	15	18	39	29	41	23	18	46	13
verheiratet-zusammenlebend	70	12	13	42	32	44	33	13	39	16
geschieden	7	14	4	41	40	12	19	14	47	21
Jüngstes Kind unter 3 Jahren	7	6	14	37	44	1	/	/	/	/
Überstunden										
mit bezahlten bzw. abgefeierten Überstunden im letzten Monat	44	10	13	40	37	39	26	15	44	15
mit gar nicht abgeholten Überstunden im letzten Monat	13	15	15	38	32	10	31	14	39	16
keine Überstunden im letzten Monat geleistet	44	16	15	41	29	51	27	18	41	13
Wirtschaftszweige										
Landwirtschaft, Bergbau und Energie	3	/	19	37	31	1	/	/	/	/
Verarbeitendes Gewerbe	46	11	11	39	39	25	16	21	46	18
Baugewerbe	10	10	12	38	41	1	/	/	/	/
Handel	7	12	20	42	26	13	34	13	41	12
Übrige Dienstleistungen (ohne Staat)	23	20	13	45	22	51	33	11	40	16
Staat	11	7	24	45	24	9	24	16	52	8
<i>Nachrichtlich:</i>										
Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen		2 142	1 952	1 873	1 833		2 480	2 372	2 072	2 180
Veränderung zu Betrag 1993										
(in Preisen von 1993)		0,99	0,98	0,98	0,87		0,98	1,10	0,89	0,98

(/) Aufgrund geringer Fallzahl (weniger als 10 Fälle) nicht ausgewiesen. — ¹⁾ Frage zur Wunscharbeitszeit: „Wenn Sie den Umfang Ihrer Arbeitszeit selbst wählen könnten und dabei berücksichtigen, daß sich Ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändern würde: Wie viele Stunden in der Woche würden Sie dann am liebsten arbeiten?“ — ²⁾ Differenz der vereinbarten Arbeitszeit zur Wunscharbeitszeit beträgt 0, 1 oder 1,5 Std.

Quelle: SOEP 1997.

ten¹³, die bereits vollzogenen Arbeitszeitverkürzungen sowie die Einführung neuer Arbeitszeitmodelle (z.B. Jahresarbeitszeitmodelle, die auch die Möglichkeit, Überstunden leisten zu können,¹⁴ eingeschränkt haben). So wollten in Vollzeit beschäftigte Männer in Haushalten mit einem überdurchschnittlichen Realeinkommensverlust (gegenüber 1993) und Personen, die keine Überstunden (im letzten Monat) geleistet hatten, ihre Arbeitszeit eher ausdehnen. Insbesondere männliche Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe äußerten diesen Wunsch.

„Umverteilungspotential“ gesunken

Eine Gegenüberstellung des durchschnittlich gewünschten Arbeitszeitvolumens und der vereinbarten Arbeitszeit kann Hinweise darauf geben, in welchem Umfang ein „Umverteilungspotential“¹⁵ besteht, das zur Beschäftigung weiterer Personen genutzt werden könnte und so auch die gesellschaftliche Wohlfahrt erhöhen würde. Allerdings ist ein solches Umverteilungspotential nach den Befragungsergebnissen von 1997 bei Männern nicht mehr vorhanden, vielmehr wollten sie per saldo fast eine Stunde mehr arbeiten (Tabelle 5). 1993 strebten sie dagegen eine Reduzierung um gut eine halbe Stunde an. Auch bei den Frauen ist das „Umverteilungspotential“ stark geschrumpft — von 2,2 Stunden 1993 auf eine halbe Stunde 1997. Der Rückgang der Bereitschaft zur Arbeitszeitverkürzung ist sicherlich auch vor dem Hintergrund der gesunkenen vereinbarten Arbeitszeit von in Vollzeit Beschäftigten zurückzuführen. Nach Berechnungen auf Basis des SOEP hat die Arbeitszeit bei den Männern von 1993 bis 1997 um 1,7 Stunden auf 37,2 Wochenstunden, bei den Frauen um 1,2 Stunden auf 37,1 Stunden abgenommen.

In Vollzeit beschäftigte Männer, die ihre Arbeitszeit gerne verkürzen würden, waren im Durchschnitt über 41 Stunden (vertraglich vereinbart) beschäftigt (Frauen knapp 39 Stunden). Sowohl Männer als auch Frauen, die in Vollzeit arbeiteten, wünschten sich eine um etwa acht Wochenstunden kürzere Arbeitszeit. In Vollzeit beschäftigte Männer, die ihre Arbeitszeit ausweiten wollten, waren im Durchschnitt reichlich 36 Stunden pro Woche (vertraglich vereinbart) erwerbstätig (Frauen 38,5 Stunden) und wünschten eine Wochenarbeitszeit von 42,4 Stunden (Frauen 33,5 Stunden). Per saldo ergab sich bei den vollbeschäftigten Männern nur ein geringfügiges „Umverteilungspotential“, bei den Frauen eines von 3,1 Stunden (1993: 4,2 Stunden).

Bei den in Teilzeit beschäftigten Frauen und Männern sank — auch aufgrund der Zunahme der geringfügigen Beschäftigung¹⁶ — die vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit seit 1993 im Durchschnitt deutlich. Bei den Frauen war ein Rückgang um 1,4 Stunden auf 18 Wochenstunden, bei den Männern hingegen um 6,6 Stunden auf ein Niveau unter dem der Frauen (15,8 Wochenstunden) zu verzeichnen. Der durchschnittlich gewünschte Arbeitsumfang lag

bei beiden Geschlechtern deutlich über der vereinbarten Arbeitszeit, nämlich bei 20,6 (Frauen) bzw. 29,4 Wochenstunden (Männer). Insgesamt wollten teilzeitbeschäftigte Männer per saldo ihre Arbeitszeit erheblich, um 13,6 Stunden, ausweiten (Frauen 2,6 Stunden). Im Jahr 1993 waren es bei Männern nur 4 Stunden und bei Frauen nur 0,8 Stunden.

Die Feststellung, daß kein „Umverteilungspotential“ zugunsten von Nichterwerbstätigen mehr vorhanden ist, resultiert aus der saldierten Betrachtung. Um die zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten, die sich aus der gewünschten Arbeitszeitreduzierung von durchschnittlich gut 8 Wochenstunden pro abhängig Beschäftigten ergeben (Tabelle 5), konkurrieren die bereits Beschäftigten aber mit registrierten Arbeitslosen und anderen erwerbsorientierten Nichterwerbstätigen („Stille Reserve“¹⁷). Insofern sind also auch die Arbeitszeitwünsche dieses, sich außerhalb der Erwerbsarbeit befindenden Personenkreises zu berücksichtigen.

Nichterwerbstätige Männer waren 1997 vorwiegend an der Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung interessiert. Bei den Frauen präferierten lediglich arbeitslos Gemeldete¹⁸ sowie Frauen in Ausbildung¹⁹ eine Vollzeitbeschäftigung.

urlaub und Erziehungsgeld Gebrauch gemacht“. Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1998.

¹³ Vgl. Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1998/99. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 27/98.

¹⁴ Der Überstundenanteil am gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen stieg nach 1993 zunächst leicht an, stagnierte 1995 und war bei insgesamt schwacher Wirtschaftsentwicklung 1996 und 1997 rückläufig. Vgl. Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1997 und 1998. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 31, Heft 1, 1998, S. 37.

¹⁵ Selbstverständlich ist Erwerbsarbeit kein homogenes Gut, sondern unterscheidet sich in ihren Qualifikationsanforderungen erheblich. Auch kann nicht von einer vollkommenen Mobilität der Beschäftigten ausgegangen werden. Dies bedeutet, daß dem „Umverteilungspotential“ nicht notwendigerweise ein entsprechendes Arbeitsangebot gegenüber steht (z.B. wegen eines Fachkräftemangels in einer oder mehreren Branchen). Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß erfahrungsgemäß Arbeitszeitverkürzungen auch zu Produktivitätsgewinnen führen können und sich hierdurch das „Umverteilungspotential“ verringert. Für den Versuch einer Quantifizierung vgl. Karl Schwarz, Teilzeitbeschäftigung und Arbeitszeitwünsche. In: Sozialer Fortschritt, Jg. 46, Heft 3, 1997, S. 78 f.

¹⁶ Vgl. Entwicklung der Stillen Reserve, a. a. O. sowie Erwerbsstatistik unterschätzt Beschäftigung von 2 Millionen Personen. Bearb.: Jürgen Schupp, Johannes Schwarze und Gert Wagner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 38/97, S. 689-694.

¹⁷ Vgl. ausführlich zur Abgrenzung und Entwicklung der Stillen Reserve, Hohe Fluktuation in der Stillen Reserve, a. a. O.

¹⁸ Beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet, unabhängig von etwaigen Leistungsbezügen.

¹⁹ Angabe in schulischer Ausbildung (einschl. Studium) im Alter von 16 bis 28 Jahren.

Tabelle 5

Durchschnittliche vereinbarte und gewünschte Arbeitszeit abhängig Beschäftigter¹⁾ 1997
Stunden pro Woche

	Insgesamt	Männer			Frauen		
	Insgesamt	Insgesamt	Vollzeitbe- schäftigt ²⁾	teilzeitbe- schäftigt ²⁾	Insgesamt	Vollzeitbe- schäftigt ²⁾	teilzeitbe- schäftigt ²⁾
Westdeutschland							
Beschäftigte in 1000 (hochgerechnet)	24 036	13 716	12 814	903	10 320	5 646	4 674
Vereinbarte Arbeitszeit	33,5	37,2	38,7	15,8	28,5	37,1	18,0
Gewünschte Arbeitszeit ³⁾	33,7	38,0	38,6	29,4	27,9	34,0	20,6
Differenz zwischen gewünschter und vereinbarter Arbeitszeit	0,2	0,8	-0,1	13,6	-0,5	-3,1	2,6
Beschäftigte mit Wunsch, weniger ⁴⁾ zu arbeiten in 1000 (hochgerechnet)	6 472	3 445	3 397	/	3 027	2 390	637
Vereinbarte Arbeitszeit	38,8	41,3	41,4	/	35,9	38,8	25,2
Gewünschte Arbeitszeit ³⁾	30,7	33,3	33,4	/	27,7	30,3	18,1
Differenz zwischen gewünschter und vereinbarter Arbeitszeit	-8,1	-8,0	-8,0	/	-8,2	-8,5	-7,1
Beschäftigte mit Wunsch, mehr ⁴⁾ zu arbeiten in 1000 (hochgerechnet)	7 440	4 702	4 132	570	2 738	866	1 872
Vereinbarte Arbeitszeit	28,1	33,3	36,2	11,8	19,4	30,5	14,2
Gewünschte Arbeitszeit ³⁾	35,9	41,4	42,4	34,0	26,4	33,5	23,1
Differenz zwischen gewünschter und vereinbarter Arbeitszeit	7,7	8,1	6,2	22,2	7,1	3,0	8,9
Ostdeutschland							
Beschäftigte in 1000 (hochgerechnet)	5 362	2 882	2 805	77	2 480	1 827	653
Vereinbarte Arbeitszeit	37,5	39,4	39,7	25,1	35,3	38,6	25,9
Gewünschte Arbeitszeit ³⁾	37,1	38,9	39,0	32,0	35,0	36,6	30,6
Differenz zwischen gewünschter und vereinbarter Arbeitszeit	-0,4	-0,5	-0,7	6,9	-0,3	-2,0	4,7
Beschäftigte mit Wunsch, weniger ⁴⁾ zu arbeiten in 1000 (hochgerechnet)	1 612	779	764	/	833	745	88
Vereinbarte Arbeitszeit	41,6	43,6	43,8	/	39,9	38,6	34,4
Gewünschte Arbeitszeit ³⁾	33,3	34,6	34,6	/	32,2	32,5	29,3
Differenz zwischen gewünschter und verein- barter Arbeitszeit	-8,3	-9,0	-9,2	/	-7,7	-6,1	-5,1
Beschäftigte mit Wunsch, mehr ⁴⁾ zu arbeiten in 1000 (hochgerechnet)	1 317	674	35	570	643	296	347
Vereinbarte Arbeitszeit	31,0	34,4	35,4	15,7	27,2	32,1	23,0
Gewünschte Arbeitszeit ³⁾	39,5	42,5	43,1	32,1	36,1	39,6	33,2
Differenz zwischen gewünschter und vereinbarter Arbeitszeit	8,5	8,1	7,7	16,4	9,0	7,5	10,2
(1) Aufgrund geringer Fallzahl (weniger als 10 Fälle) nicht ausgewiesen. — ¹⁾ Einschließlich Beamte, ohne Auszubildende sowie ohne geringfügig Beschäftigte mit subjektiver Zuordnung als „Nichterwerbstätig“. — ²⁾ Arbeitszeitumfang nach Selbstzuordnung der Befragten. — ³⁾ Frage zur Wunscharbeitszeit: „Wenn Sie den Umfang Ihrer Arbeitszeit selbst wählen könnten und dabei berücksichtigen, daß sich Ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändern würde: Wie viele Stunden in der Woche würden Sie dann am liebsten arbeiten?“ — ⁴⁾ Differenz der vereinbarten Arbeitszeit zur Wunscharbeitszeit beträgt 0, 1 oder 1,5 Std. Quelle: SOEP 1997.							

Frauen, die — ohne arbeitslos gemeldet zu sein — gerne erwerbstätig werden wollten, waren stärker daran interessiert, eine Teilzeitarbeit aufzunehmen. Je ferner der Zeitpunkt einer geplanten Arbeitsaufnahme lag, desto häufiger wurde Teilzeitarbeit gewünscht.

Ostdeutschland

In Ostdeutschland übten 1997 etwas mehr Personen als 1993 eine Erwerbstätigkeit aus. Der Anteil von sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten war 1997 höher

als in Westdeutschland — vor allem bei Frauen (Tabelle 1). Die Differenz hat sich allerdings von 1993 bis 1997 erheblich verkleinert. Der Rückgang von Vollzeitarbeitsplätzen — insgesamt mehr als eine halbe Million — wurde von Zuwächsen bei den Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen (insbesondere der sozialversicherungsfreien geringfügigen Beschäftigung) „kompensiert“.

97 % der im SOEP befragten abhängig beschäftigten Männer und 74 % der Frauen gaben 1997 an, einer Vollzeittätigkeit nachzugehen (Tabelle 2); nur reichlich ein Viertel der Frauen übten eine Teilzeitbeschäftigung aus. Die vereinbarte Arbeitszeit lag mit 37,5 Stunden im Durchschnitt um vier Stunden höher als in Westdeutschland (Tabelle 5).

Die Entwicklung der Arbeitszeitwünsche abhängig Beschäftigter kann mit Daten aus dem SOEP analog zu Westdeutschland seit 1991 nachvollzogen werden. Im Zeitraum bis 1997 war stets eine im Vergleich zu Westdeutschland höhere Erwerbsorientierung beider Geschlechter zu verzeichnen (Abbildung).

Bei den in Vollzeit beschäftigten Frauen war der Wunsch nach einer Wochenarbeitszeit von über 40 Stunden in Ostdeutschland auch 1997 erheblich stärker ausgeprägt als in Westdeutschland, auch wenn die Schwankungen im Zeitverlauf ähnlich waren. Die auf Teilzeitarbeit zielenden Erwerbswünsche von Frauen unterschieden sich sogar nach einer zunächst erfolgten Annäherung stärker denn je. 1993 wollte noch mehr als jede vierte vollbeschäftigte Frau in Ostdeutschland eine Arbeitszeit bis zu 30 Wochenstunden ausüben, 1997 nicht einmal mehr jede Fünfte. Teilzeitarbeit unter 30 Stunden wurde von beiden Geschlechtern kaum gewünscht (Männer 5 %, Frauen 10 %). Nach wie vor gravierend waren auch die Unterschiede in den Arbeitszeitwünschen teilzeitbeschäftigter Frauen: In Ostdeutschland strebten 1997 rund 36 % eine Vollzeitbeschäftigung (35 und mehr Wochenstunden) an, in Westdeutschland waren es lediglich 10 % (Tabelle 2).

Der überwiegende Teil der Beschäftigten wollte einer Erwerbsarbeit zwischen 35 und 40 Wochenstunden nachgehen (Männer 71 %, Frauen 62 %). Arbeitszeiten von mehr als 40 Stunden wurden auch in Ostdeutschland überwiegend von Männern gewünscht (20 %, Frauen 7 %).

Bei den in Teilzeit beschäftigten Frauen, die nach wie vor eine weit kleinere Gruppe als in Westdeutschland darstellen, war nur ein Drittel mit ihrer Arbeitszeit zufrieden, die meisten (53 %) wollten mehr arbeiten, 39 % sogar über fünf Stunden pro Woche mehr (Tabelle 3). Rechnet man die Wünsche nach Ausweitung und Reduzierung der Arbeitszeit gegeneinander auf, wollten sie im Durchschnitt erheblich — nämlich um 4,7 Stunden — mehr erwerbstätig sein; der Wunsch nach längerer Arbeitszeit war damit wesentlich stärker ausgeprägt als bei in Teilzeit erwerbstätigen Frauen in Westdeutschland — obwohl die durchschnittliche vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit von in Teilzeit erwerbstätigen Frauen in Ostdeutschland bereits mit

25,9 Stunden fast 8 Stunden höher war als die ihrer Vergleichsgruppe in Westdeutschland (Tabelle 5). Dieses Ergebnis zeigt, daß viele Frauen in Ostdeutschland Teilzeitarbeit nur unfreiwillig, d.h. aus Mangel an verfügbaren Vollzeitstellen, ausüben.

In Vollzeit beschäftigte Frauen unterschieden sich im Hinblick auf Arbeitszeitwünsche weniger von ihrer Vergleichsgruppe in Westdeutschland. Viele wollten ihre Arbeitszeit verkürzen, allerdings um eine geringere durchschnittliche Stundenzahl (2 Stunden gegenüber gut 3 Stunden im Westen) (Tabelle 5). Insgesamt ergab sich in Ostdeutschland im Saldo ein rechnerisches „Umverteilungspotential“ pro Erwerbstätigen von durchschnittlich 0,4 Stunden. Auch wenn dies realisiert werden würde, läge die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit mit 37,1 Stunden allerdings noch deutlich über jener, die in Westdeutschland bereits heute üblich ist.

Aus den Wünschen derjenigen Beschäftigten, die ihre Arbeitszeit reduzieren wollen (durchschnittlich 8,3 Wochenstunden), resultieren zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten, um die Beschäftigte und Nichterwerbstätige konkurrieren.

In Ostdeutschland stellt sich die Integration Nichterwerbstätiger in den Arbeitsmarkt vor allem als (Wieder-)Eingliederung von Arbeitslosen und Teilnehmern an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen dar. Ein darüber hinausgehendes latentes Arbeitsangebot gab es in größerem Umfang in Ostdeutschland 1997 nicht.

Fazit

Die Untersuchung der Arbeitszeitwünsche abhängig Beschäftigter zeigt, daß die Erwartung, durch freiwillige individuelle Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit in nennenswertem Umfang reduzieren zu können, nicht allzu hoch gesteckt werden sollte. Die Akzeptanz für weitere Arbeitszeitverkürzungen ist in den letzten Jahren deutlich gesunken und der Wunsch nach Ausweitung der Arbeitszeit erheblich gestiegen. Allerdings schwanken die Arbeitszeitwünsche im Zeitablauf stark, so daß sich unter anderen konjunkturellen und institutionellen Rahmenbedingungen auch die Arbeitszeitpräferenzen wandeln.

Nach wie vor unterscheiden sich die Arbeitszeitwünsche der Geschlechter vor dem Hintergrund der traditionellen Rollenverteilung in der Familie — insbesondere in Westdeutschland — erheblich. Der Mann ist jedoch in der Realität immer weniger Alleinernährer der Familie.²⁰ Inzwischen tragen zwar immer mehr Frauen mit einem Zuverdienst zum Haushaltseinkommen bei. Dieser sichert ihnen jedoch zumeist keine unabhängige Existenz. Die Frau

²⁰ Vgl. Erwerbstätigkeit von Frauen in Ost- und Westdeutschland weiterhin von steigender Bedeutung. Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 28/96, S. 466.

bleibt weiterhin abhängig vom „Haupternährer“ der Familie. Hinzu kommt, daß auch bei Ausübung einer Erwerbsarbeit die Frau nach wie vor die Hauptverantwortung für die (unbezahlte) Haus- und Familienarbeit trägt.

Soll eine ausgewogenere Rollenverteilung erreicht werden, sind die Rahmenbedingungen entsprechend zu verändern. Zu denken wäre beispielsweise an Strategien, die flexible, Beruf und Familie vereinbarende Arbeitszeiten

sowie Erwerbsunterbrechungen für *beide* Geschlechter erstrebenswert werden lassen. Dazu gehören auch verstärkte Anreize zur Aufteilung des Erziehungsurlaubs zwischen Müttern und Vätern, Weiterbildungsangebote während der Erwerbsunterbrechung, die Bereitstellung von flexiblen — d.h. an den Arbeitszeiten orientierten — Kinderbetreuungsmöglichkeiten im Betrieb oder in der Nähe des Arbeitsplatzes sowie eine umfassendere Schulbetreuung.

Lehrstellenmangel in Deutschland bisher nicht behoben

In der Bundesrepublik Deutschland werden mittelfristig weiterhin Jahr für Jahr mehr Jugendliche die allgemeinbildenden Schulen verlassen, zum überwiegenden Teil wollen sie danach eine berufliche Ausbildung absolvieren. Die Zahl der Schulabgänger wird sich in Westdeutschland voraussichtlich bis zum Jahre 2010 erhöhen, während sie in Ostdeutschland nur noch kurzfristig zunehmen, dann aber auf hohem Niveau verharren wird.¹ Auch der Bedarf an Lehrstellen und vollschulischen beruflichen Ausbildungsgängen wird noch einige Jahre — vor allem in den alten Bundesländern — steigen.

In jüngster Zeit wurden die Rahmenbedingungen des dualen Systems verändert, Ausbildungsordnungen modernisiert und neue Ausbildungsberufe eingeführt, um die Lehrausbildung zu verbessern und das duale System zu stärken. Die staatliche Seite hat dabei Vorleistungen erbracht.² Bisher gelang es aber nur unzureichend, für die Schulabgänger ein größeres und vielfältigeres Angebot an Lehrstellen zur Verfügung zu stellen.³

Enger Markt bei Lehrstellen

In Deutschland gab es zum Abschluß des Berichtsjahres 1996/97⁴ zum zweiten Mal hintereinander keinen Überschuß an Ausbildungsplätzen: Den Jugendlichen, die eine Ausbildung nachfragten, stand ein um rund 22 000 Plätze geringeres Angebot⁵ an Lehrstellen gegenüber. Somit hat sich die Situation für die Bewerber weiter verschlechtert. Erstmals gab es auch in den alten Ländern eine Lücke: Etwa 7 000 Plätze fehlten. In den neuen Ländern fiel sie bei 15 200 noch unvermittelten Jugendlichen, für die nur 650 unbesetzte Plätze vorhanden waren, aber erheblich größer aus.⁶

Dieses Ergebnis unterzeichnet die Knappheit an Ausbildungsstellen. Sie wird erst in vollem Ausmaß sichtbar, wenn man den Werdegang der Jugendlichen verfolgt, die über die Arbeitsverwaltung eine Lehrstelle suchten. In den letzten Jahren konnten viele Schulabgänger entgegen ihres Wunsches nicht unmittelbar nach der Schule eine Lehre beginnen. Auch im Berichtsjahr 1996/97 wurde nur knapp die Hälfte aller Bewerber in eine betriebliche Berufsausbildung vermittelt. Ein kleinerer Teil der Bewerber fing zunächst eine berufsvorbereitende Maßnahme oder ein Berufsgrundbildungsjahr an. Ein größerer Teil der sich bewerbenden Jugendlichen besuchte anstelle einer betrieblichen Ausbildung weiter die Schule, nahm ohne eine berufliche Qualifikation eine Beschäftigung auf oder blieb zunächst unvermittelt (Tabelle 1).⁷ Seit dem Berichtsjahr 1992/93 hat die Zahl dieser Personen sowohl in den alten wie in den neuen Ländern erheblich zugenommen.

Inwieweit dieser Anstieg auf Engpässe beim Angebot an Lehrstellen zurückzuführen ist, läßt sich aus der Statistik nicht ablesen. Es sind allerdings Hinweise zu finden, die einen Zusammenhang erkennen lassen. Zum einen nahm

bei den Arbeitsämtern in West- und Ostdeutschland die Zahl der „Altbewerber“ um Lehrstellen weiter zu. Dies sind

¹ Vgl. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (Hrsg.): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 1995 bis 2015, Dokumentation Nr. 141; dasselbe: Prognoseergebnisse in Länderzahlen, Arbeitsmaterial zur Dokumentation Nr. 141, Bonn 1997.

² Verändert wurden beispielsweise das Jugendschutzgesetz, damit Lehrlinge, die älter als 18 Jahre sind, nach einem weniger als acht Stunden langen Berufsschulunterricht wieder im Lehrbetrieb erscheinen, und die Verordnung über die Eignung zum Ausbilder, um Berufspraktikern nach mehrjähriger Tätigkeit ohne Prüfung die Ausbildung von Jugendlichen zu erlauben. Ferner wurden — in Kooperation mit der Wirtschaft sowie den Gewerkschaften — neue Berufe für die Ausbildung geschaffen und bestehende Ausbildungsordnungen beschleunigt modernisiert. In einigen Bundesländern wurde eine flexiblere Aufteilung des Berufsschulunterrichts während der Lehrzeit vorgenommen. Zusätzlich wurde das duale System durch den Bund und viele Länder verstärkt subventioniert.

³ Das Bundesverfassungsgericht hat am 10.12.1980 geurteilt, daß es die Aufgabe der Arbeitgeber bliebe, allen ausbildungswilligen Jugendlichen grundsätzlich die Chance zu gewähren, eine Ausbildungsstelle zu erhalten. Diese Verpflichtung bestehe auch dann, wenn das freie Spiel der Kräfte zur Erfüllung der Aufgabe nicht ausreiche.

⁴ Das Berichtsjahr beginnt am 1. Oktober und endet am 30. September des folgenden Jahres.

⁵ Das Angebot an Ausbildungsplätzen setzt sich aus der Summe der im Berichtsjahr neu abgeschlossenen Lehrverträge und den am Ende des Berichtsjahres noch als unbesetzt gemeldeten Ausbildungsstellen zusammen, die Nachfrage besteht aus der Summe neuer Lehrverträge und den am Stichtag noch unversorgten Bewerbern. Vom Gebietsstand her wird Westberlin zu den alten und Ostberlin zu den neuen Bundesländern gerechnet. Infolge der Neuorganisation der Arbeitsämter in Berlin im Juli 1997 ist hier bei den gemeldeten Ausbildungsstellen und Bewerbern keine exakte Trennung mehr möglich. Gefolgt wird hier bei der Aufteilung der Methode der Arbeitsverwaltung, die zu näherungsweise Ergebnissen führt, in dem das Arbeitsamt Berlin-Nord den alten und das Arbeitsamt Berlin-Süd den neuen Ländern zugeschlagen wird.

⁶ Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Berufsberatung 1996/97, Nürnberg 1998, S. 27 ff. und Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 1998, Bundestagsdrucksache 13/10651, Bonn 1998, S. 2 ff.

⁷ Die Arbeitsverwaltung konnte bei 83 000 Bewerbern in den alten und bei 20 000 Bewerbern in den neuen Ländern nicht ermitteln, welche Art von Ausbildung oder von Tätigkeit sie begannen. Ein Teil dieser Bewerber — davon ist auszugehen — fing ohne Vermittlung durch ein Arbeitsamt eine Lehre an.

Tabelle 1

**Bei den Arbeitsämtern gemeldete Bewerber um Ausbildungsplätze
nach der Art der Vermittlung im Berichtsjahr 1996/97¹⁾**

Art der Vermittlung	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	1996/97	Veränderung geg. 1992/93	1996/97	Veränderung geg. 1992/93
in 1 000 Personen				
Betriebliche Berufsausbildung	257,3	25,6	107,8	17,9
Berufsausbildungsstelle in Sonderformen ²⁾	7,8	1,9	31,4	18,0
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	11,5	6,3	0,8	−1,1
Berufsgrundbildungsjahr	7,3	3,2	1,8	−1,2
Übriger Schulbesuch ³⁾	93,1	33,0	32,4	15,0
Arbeitsstelle	36,2	12,6	8,2	5,4
Sonstiger Verbleib ⁴⁾	101,0	22,4	28,5	14,0
Noch nicht vermittelt	32,2	17,3	15,2	12,3
Insgesamt	546,4	122,2	226,0	80,5
in %				
Betriebliche Berufsausbildung	47,1	11,0	47,7	19,9
Berufsausbildungsstelle in Sonderformen ²⁾	1,4	32,2	13,9	135,1
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	2,1	121,3	0,4	−56,3
Berufsgrundbildungsjahr	1,3	76,3	0,8	−39,7
Übriger Schulbesuch ³⁾	17,0	54,8	14,3	86,0
Arbeitsstelle	6,6	53,2	3,6	199,5
Sonstiger Verbleib ⁴⁾	18,5	28,5	12,6	97,4
Noch nicht vermittelt	5,9	116,9	6,7	421,2
Insgesamt	100,0	28,8	100,0	55,3

¹⁾ Das Berichtsjahr reicht vom 1. Oktober bis zum 30. September. — ²⁾ Die Ausbildung erfolgt meistens in außer- wie überbetrieblichen Einrichtungen. In der Verbleibstatistik für die alten Länder nicht ausgewiesen, Anzahl geschätzt. — ³⁾ Einschließlich Hochschulbesuch. — ⁴⁾ Einschließlich Bundeswehr/Zivildienst, freiwilliges Sozialjahr sowie nach Vermittlungsvorschlag unbekannt verblieben oder sonstige Erledigung.
Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW.

Jugendliche, die bereits vor dem laufenden Berichtsjahr einen Schulabschluß erlangten und sich — oftmals wiederholt — erst später um eine Ausbildungsstelle bewerben. Zum anderen erhöhte sich bis zum Schuljahr 1996/97 in wenigen Jahren die Zahl der Schüler an beruflichen Schulen deutlich, an denen hauptsächlich nur eine berufliche Orientierung oder Vorbereitung anstelle einer beruflichen Ausbildung angeboten wird. Oft besuchen Jugendliche diese Schulen nur zur Überbrückung.⁸

Im Jahre 1997 erhöhte sich die Zahl der neu abgeschlossenen Lehrverträge in der Bundesrepublik gegenüber der Vorperiode erstmals seit mehreren Jahren wieder deutlicher (2 %); es wurden 587 000 Verträge abgeschlossen. Zwar war auch die Quote der neuen Verträge, bezogen auf

den durchschnittlichen Jahrgang der altersspezifischen Bevölkerung⁹, ebenfalls erstmals wieder geringfügig gestiegen, doch liegt sie mit rund 67 % immer noch unter den Werten vom Ende der achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre (1992: 72 %).

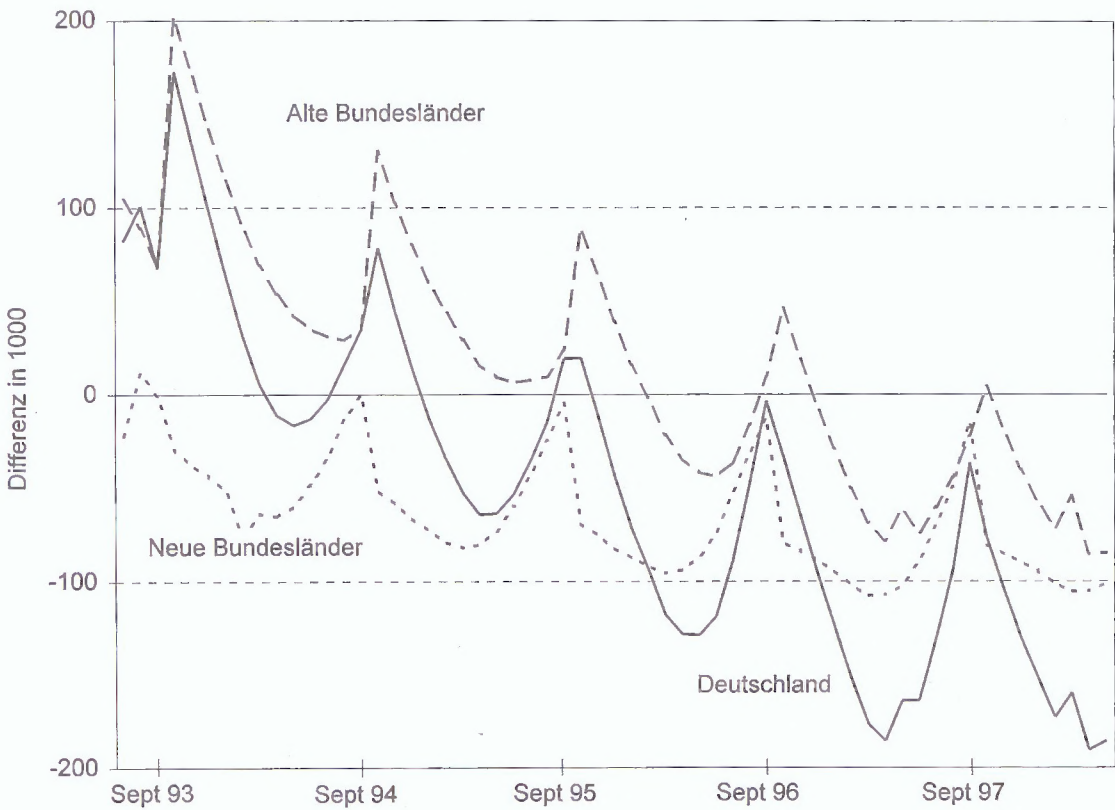
⁸ Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Berufsberatung 1996/97, a.a.O., S. 31 ff. und Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Berufliche Schulen, Schuljahr 1996/97, Fachserie 11, Reihe 2 und ergänzende Tabellen als Arbeitsunterlage, Wiesbaden 1997 und 1998, S. 15 ff.

⁹ Ein Durchschnittsjahrgang wird aus der 16- bis 19-jährigen Bevölkerung ermittelt. Benutzt wurden die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes. Für 1997 wurden die Werte fortgeschrieben.

Die Zahl der neuen Verträge hat sich in den alten Ländern besonders kräftig erhöht. Damit hielt der Anstieg das erste Mal seit mehreren Jahren Schritt mit der Zunahme bei der Zahl der Schulabgänger. Zuvor hatte die Anzahl neu abgeschlossener Lehrverträge drei Jahre lang bei nur rund 450 000 verharret, obwohl die Verbände der Wirtschaft wiederholt eine Steigerung der Lehrstellenangebote zugesagt hatten. Statt dessen wurden in vielen Bereichen der Wirtschaft, aber auch bei Behörden und in öffentlichen Betrieben Ausbildungsstellen abgebaut. Mehr Jugendliche als

zuvor mußten statt einer Lehre schulische Überbrückungsmaßnahmen oder Ausbildungsgänge beginnen. In den neuen Ländern war es hingegen schon seit 1992 gelungen, jedes Jahr mehr Ausbildungsverträge abzuschließen, gleichwohl reichte das Angebot nicht aus, die steigende Nachfrage zu decken. Daher mußte das Angebot an Ausbildungsplätzen in Sondermaßnahmen deutlich erhöht werden. So stieg dieses Angebot 1997 auf fast 33 000 Ausbildungsstellen; das waren rund 12 000 Plätze mehr als im Vorjahr. Dabei handelte es sich nur zu einem geringen Teil

Entwicklung der Differenz zwischen noch freien Lehrstellen und noch nicht vermittelten Bewerbern¹⁾



1) Bei der Bundesanstalt für Arbeit gemeldete Ausbildungsstellen und Bewerber von Juni 1993 bis Mai 1998 jeweils am Monatsende.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW.

um Lehrstellen in Betrieben, der weitaus größere Teil waren Plätze in außer- und überbetrieblichen Einrichtungen und in Schulen sowie sogenannte betriebsnahe Stellen.¹⁰

Es muß offen bleiben, ob die Steigerung der Zahl neuer Lehrverträge in Westdeutschland bereits als Trendwende auf dem Markt für Ausbildungsplätze bezeichnet werden kann. Zum Anstieg trugen neue und neu geregelte Ausbildungsberufe beträchtlich bei.¹¹ Eine weitere Zunahme des Ausbildungsstellenangebots hängt auch davon ab, ob das Tempo bei der Schaffung zusätzlicher neuer und der Aktualisierung bestehender Ausbildungsberufe beibehalten wird. Zudem ergänzen inzwischen auch in den alten Ländern Sonderformen der Ausbildung ein noch zu geringes Angebot an Lehrstellen und verbessern somit das statistische Ergebnis.¹²

Im Berichtsjahr 1997/98 signalisieren die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Lehrstellen und die der registrierten Bewerber weiterhin eine angespannte Lage auf dem Ausbildungsmarkt. In beiden Landesteilen setzte sich die zuvor erkennbare Entwicklung fort.¹³ Ende März, nach dem Ende des ersten Halbjahres der gegenwärtigen Berichtsperiode, stand in Westdeutschland einer höheren Bewerberzahl ein geringeres Angebot an verfügbaren Ausbildungsplätzen gegenüber, in Ostdeutschland verharnte die Bewerberzahl nahezu auf dem hohen Niveau vom Vorjahr, während das Lehrstellenangebot fiel. Zu diesem Zeitpunkt kamen in den neuen Bundesländern drei jugendliche Bewerber auf einen gemeldeten Ausbildungsplatz.¹⁴

Der diesjährige niedrige Bestand an gemeldeten Ausbildungsplätzen bei den Arbeitsämtern ist auch eine Folge davon, daß nur noch wenige offene Plätze aus der Vorperiode übernommen werden konnten und daß Betriebe immer später — aber auch seltener — der Arbeitsverwaltung ein Platzangebot unterbreiten. Dies steht eigentlich im Widerspruch zu den Ausbildungserwartungen der Wirtschaft, die für dieses und das folgende Jahr eher positiv waren. Nach der Lehrstellenumfrage 1998 beabsichtigen mehr Unternehmen, das Angebot an Lehrstellen auszuweiten. Diese Erwartungen sind bei westdeutschen Betrieben stärker ausgeprägt als bei ostdeutschen. Allerdings haben Wirtschaftsbereiche wie das Baugewerbe, die Banken, das Gesundheitswesen und die Verbrauchsgüterindustrie, in denen vergleichsweise viele Jugendliche ausgebildet werden, angegeben, weniger Ausbildungsplätze anbieten zu wollen als zuvor.¹⁵

Berufsausbildung nach Bereichen

In der Bundesrepublik Deutschland wurden auch 1997 die meisten Auszubildenden in Industrie und Handel (45 %) sowie im Handwerk (39 %) beschäftigt. In den übrigen Ausbildungsbereichen, darunter die freien Berufe, die Landwirtschaft und der öffentliche Dienst, waren zusammen nur 16 % der Lehrlinge beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der neuen Lehrverträge bei Industrie

und Handel sowie in der Landwirtschaft um 19 400, im Handwerk und in den freien Berufen waren es indes 6 600 weniger. Gegenwärtig deutet wenig darauf hin, daß es im Handwerk gelingen wird, deutlich mehr Lehrstellen anzubieten als im Vorjahr.

In den alten Ländern wurden von den neuen Ausbildungsverträgen 1997 knapp die Hälfte bei Industrie und Handel sowie etwas weniger als zwei Fünftel im Handwerk vereinbart. Ein Zehntel der Verträge entfiel auf den Bereich der freien Berufe. Gegenüber dem Jahr zuvor stieg die Zahl der Verträge vor allem bei Industrie und Handel (Tabelle 2).

In Ostdeutschland hatte auch 1997 eine berufliche Ausbildung bei Industrie und Handel sowie im Handwerk eine größere Bedeutung als in den alten Ländern. Diese Bereiche trugen mit jeweils zwei Prozentpunkten mehr als im Westen zu den Neuabschlüssen bei. Allerdings zeichnet sich hier bereits ein Wandel ab; im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der Verträge im Handwerk beträchtlich ab, während sie sich bei Industrie und Handel noch etwas — geringer als im Westen — erhöhte. Auch die Landwirtschaft und der öffentliche Dienst in den neuen Ländern waren stärker als im früheren Bundesgebiet bei den neu abgeschlossenen Verträgen vertreten. Nach wie vor engagieren sich die freien Berufe in Ostdeutschland bei der Lehrausbildung aber deutlich weniger als in Westdeutschland. Es

¹⁰ Bei betriebsnahen Plätzen handelt es sich vorwiegend um Stellen in schulischen oder außerbetrieblichen Einrichtungen, bei denen eine Ausbildung mit betrieblichen Praktika unterschiedlicher Dauer verbunden wird. Sie mußten eingerichtet werden, weil es nach wie vor nicht gelang, das Angebot an Lehrstellen zu erhöhen. Jedoch gibt es Schwierigkeiten, die Zahl betrieblicher Stellen exakt zu erfassen. Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): *Berufsberatung 1996/97*, a.a.O., S. 38 ff. und Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hrsg.): a.a.O., S. 28.

¹¹ In den alten Ländern wurden — wie das Bundesinstitut für Berufsbildung erhob — in sieben neuen und zwei modernisierten Ausbildungsberufen 13 300 Verträge abgeschlossen. Davon entfallen rund 4 800 Verträge auf vier neue Informations- und Telekommunikationsberufe, von denen etwa 3 600 über die Arbeitsämter vermittelt wurden.

¹² Zu diesen Plätzen gehören beispielsweise diejenigen, die über Ausbildungsvereinbarungen verschiedener zuständiger Stellen (Staat, Wirtschaft, Verbände, Gewerkschaften) in Nordrhein-Westfalen und Nordbayern in Werkstätten der Kammern eingerichtet wurden.

¹³ Vgl. hierzu auch das Schaubild, in dem für die alten und die neuen Länder über einen fünfjährigen Zeitraum die Differenz zwischen noch freien Lehrstellen und noch nicht vermittelten Bewerbern dargestellt wird.

¹⁴ Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): *Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit*, Heft 5, Nürnberg 1998, S. 535 ff.

¹⁵ Vgl. zu den Untersuchungen: Lutz Bellmann und Manfred Lahner: *Erhebliche Unterschiede in den Beschäftigungs- und Ausbildungserwartungen in West- und Ostdeutschland*. In: Walter Lutz (Hrsg.): *Arbeit und Beruf*, Nr. 6, Nürnberg 1998, S. 167 ff. und Lehrstellenumfrage 1998: *Noch im grünen Bereich*. In: Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.): *IWD*, Nr. 26, Köln 1998, S. 4 f.

Tabelle 2

**Auszubildende und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge
nach Ausbildungsbereichen 1997¹⁾**

Bereiche	Auszubildende						Relation neuer	
	Alte Bundesländer			Neue Bundesländer			Verträge zu	
	Insgesamt	darunter: mit neuen Verträgen		Insgesamt	darunter: mit neuen Verträgen		Auszubildenden insgesamt	
		Zahl / Anteil	Veränd. geg. 1996		Zahl / Anteil	Veränd. geg. 1996	Alte Länder	Neue Länder
	in 1 000							
Industrie und Handel	566,6	223,0	15,5	169,7	63,2	2,7	0,39	0,37
Handwerk	467,0	164,2	−0,8	165,0	47,3	−2,8	0,35	0,29
Öffentlicher Dienst	35,6	12,9	0,3	11,9	3,6	0,3	0,36	0,30
Landwirtschaft	26,2	11,4	0,7	11,2	4,1	0,5	0,43	0,37
Freie Berufe	136,7	46,7	−3,0	19,8	6,4	0,0	0,34	0,32
Übrige Bereiche ²⁾	9,7	3,6	0,0	4,2	1,1	−0,1	0,37	0,26
Insgesamt	1 241,9	461,8	12,5	381,8	125,7	0,7	0,37	0,33
	in %							
Industrie und Handel	45,6	48,3	7,4	44,4	50,3	4,5		
Handwerk	37,6	35,6	−0,5	43,2	37,7	−5,5		
Öffentlicher Dienst	2,9	2,8	2,0	3,1	2,9	10,7		
Landwirtschaft	2,1	2,5	6,4	2,9	3,3	14,4		
Freie Berufe	11,0	10,1	−6,1	5,2	5,1	−0,3		
Übrige Bereiche ²⁾	0,8	0,8	−0,9	1,1	0,8	−11,2		
Insgesamt	100,0	100,0	2,8	100,0	100,0	0,5		

1) Auszubildende am Jahresende, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge Ende September. — 2) Hauswirtschaft und Seeschifffahrt.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesinstitut für Berufsbildung; Berechnungen des DIW.

gelang nicht, die Vertragszahl im Vergleich zum Vorjahr zu erhöhen und damit eine Annäherung an die alten Länder zu erreichen.

Ausbildung nach Berufen ...

Von den über die Arbeitsämter im Berichtsjahr 1996/97 insgesamt angebotenen Ausbildungsplätzen entfiel erstmalig mehr als die Hälfte auf Dienstleistungsberufe (51 %). Danach folgten mit geringem Abstand die Fertigungsberufe (44 %); die übrigen waren land- und forstwirtschaftliche sowie technische Berufe. Nach Berufsbereichen hat sich die Struktur des Stellenangebots zugunsten der Dienstleistungsberufe verändert.

In den alten Bundesländern ist dies nur zum Teil ein Ergebnis der zunehmenden Beschäftigung im Dienstlei-

stungsbereich und in qualifizierten technischen Berufen, die auch zu einem höheren Angebot an Lehrstellen führte. Vor allem ist dies eine Folge des erheblich geringeren Neuangebots in den Fertigungsberufen, aber auch in den land- und forstwirtschaftlichen Berufen. Besonders deutlich sank die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen bei Steinbearbeitern und Baustoffherstellern, bei Holzaufbereitern sowie in den Bau- und Baunebenberufen. Hier wirkte sich auch die Abschwächung der Baukonjunktur aus. Bei den Metall-, den Ernährungs- sowie den Textil- und Bekleidungsberufen ging die gemeldete Stellenzahl ebenfalls überdurchschnittlich zurück (Tabelle 3).

Das bei den Arbeitsämtern 1996/97 in Westdeutschland gemeldete Angebot an Lehrstellen entsprach berufsstrukturell noch weniger als zuvor den Wünschen der registrierten Bewerber um Ausbildungsplätze. Die Relation von Plät-

Tabelle 3

Bei den Arbeitsämtern gemeldete Ausbildungsplätze und Bewerber nach Berufsgruppen

Berufsbereiche/Berufsabschnitte	Alte Bundesländer ¹⁾		Neue Bundesländer ¹⁾		Relation von Plätzen zu Bewerbern					
	Ausbildungs- plätze	Be- werber	Ausbildungs- plätze	Be- werber	Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
					1995/96	1996/97	1.Hj. 1997/ 98 ²⁾	1995/96	1996/97	1.Hj. 1997/ 98 ²⁾
Hersteller von Naturprodukten	11 633	14 806	5 442	8 725	0,95	0,79	0,74	0,66	0,62	0,35
davon:										
Land- u. forstwirtschaftliche Berufe	11 344	14 764	5 374	8 716	0,93	0,77	0,73	0,65	0,62	0,34
Bergleute und verwandte Berufe	289	42	68	9	6,36	6,88	8,00	4,00	7,56	5,00
Fertigungsberufe	205 597	200 539	63 100	96 292	1,20	1,03	1,00	0,69	0,66	0,35
davon:										
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	1 283	770	491	384	2,12	1,67	1,61	1,49	1,28	0,65
Keramiker, Glasmacher	669	343	203	245	1,97	1,95	2,14	0,90	0,83	0,64
Chemie- und Kunststoffberufe	4 079	1 729	581	324	2,72	2,36	2,39	2,29	1,79	1,25
Papierhersteller, -verarbeiter	1 412	598	193	123	2,41	2,36	2,40	1,76	1,57	1,28
Drucker	3 070	6 768	557	1 107	0,50	0,45	0,34	0,49	0,50	0,19
Holzaufbereiter u. verwandte Berufe	815	296	126	115	3,84	2,75	3,31	0,86	1,10	0,60
Metallberufe	82 996	73 981	16 989	26 140	1,32	1,12	1,10	0,67	0,65	0,36
Elektroberufe	28 468	33 332	6 512	9 559	0,89	0,85	0,83	0,74	0,68	0,45
Textil- u. Bekleidungsberufe	5 221	4 537	757	807	1,37	1,15	1,10	0,98	0,94	0,58
Ernährungsberufe	29 459	18 725	9 092	12 080	2,16	1,57	1,39	0,85	0,75	0,39
Bau- und Baunebenberufe	46 144	58 104	26 574	44 538	0,94	0,79	0,82	0,64	0,60	0,27
Warenprüfer und andere Berufe	1 981	1 356	1 025	870	1,53	1,46	1,47	1,16	1,18	0,66
Technische Berufe	10 247	19 679	2 158	6 131	0,48	0,52	0,54	0,32	0,35	0,20
Dienstleistungsberufe	248 902	311 366	60 336	114 880	0,85	0,80	0,76	0,48	0,53	0,32
davon:										
Waren- und Dienstleistungskaufleute	101 764	112 776	22 569	40 278	0,98	0,90	0,89	0,51	0,56	0,34
Verkehrsberufe	8 342	3 870	1 986	1 347	2,12	2,16	2,31	1,69	1,47	0,98
Büro-, Verwaltungs- u. verw. Berufe	78 060	102 735	18 696	34 620	0,74	0,76	0,74	0,45	0,54	0,35
Gesundh., Sozial- u. ähnl. Berufe	24 241	52 710	3 516	15 315	0,53	0,46	0,38	0,25	0,23	0,11
Körperpfleger, Gästebetreuer, hauswirtschaftliche und Reinigungsberufe	36 495	39 275	13 569	23 320	1,12	0,93	0,82	0,57	0,58	0,34
Insgesamt	476 379	546 390	131 036	226 028	0,96	0,87	0,84	0,57	0,58	0,33

¹⁾ Berichtsjahr 1996/97. — ²⁾ 1. Oktober 1997 bis 31. März 1998.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW.

zen zu Bewerbern¹⁶ ist fast durchgängig kleiner geworden. Die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze entsprach bei Fertigungsberufen gerade noch der Bewerberzahl, blieb bei den übrigen Berufsbereichen aber zum Teil erheblich darunter. Auffällig ist, daß sich gerade bei den von der Zahl her gewichtigen Berufen, so bei Metall-, Elektro-, Ernährungs- und Bauberufen, die Situation deutlich verschlechtert hat.

Auch 1997/98 dürfte sich die schon in den Vorjahren erkennbare berufsstrukturelle Entwicklung — sowohl auf

¹⁶ Die Relation stellt das Verhältnis der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsplätze zur Zahl gemeldeter Bewerber dar. Diese Zahlen geben somit nur den Teil aller vorhandenen Plätze und eine Ausbildungsstelle suchenden Jugendlichen wieder, bei dem die Vermittlung über ein Arbeitsamt erfolgt. Der „Einschaltungsgrad“ der Bundesanstalt für Arbeit bei Stellen und Bewerbern schwankt in den alten und neuen Ländern im Zeitverlauf. In den neuen Ländern ist er bei Bewerbern höher als in den alten. Infolge der unstillen Veränderung kann das Angebot und die Nachfrage nach Lehrstellen mit diesen Informationen nicht ermittelt werden.

der Angebots- als auch der Nachfrageseite — weiter fortsetzen. Nach der ersten Hälfte der Vermittlungsperiode — Ende März — war die Zahl der gemeldeten Lehrstellen nur in den Chemie-, den Verkehrs- und den technischen Berufen größer als zuvor, bei allen anderen Berufsgruppen war sie kleiner. In fast jeder Berufseinheit bewarben sich jedoch mehr Jugendliche um einen Ausbildungsplatz, so daß die Stellen-Bewerber-Relationen durchweg weiter zurückgingen.¹⁷

Grundsätzlich lassen sich die Tendenzen, die für Westdeutschland zu beobachten sind, auch in Ostdeutschland erkennen. Im Osten besteht aber nach wie vor ein bemerkenswerter Unterschied zum Westen: Die Fertigungsberufe sind noch der relativ größte Berufsbereich; auch werden dort annähernd doppelt so viele Ausbildungsplätze in land- und forstwirtschaftlichen Berufen angeboten wie im Westen. Dagegen gibt es bei Dienstleistungsberufen und technischen Berufen weiterhin ein Gefälle zuungunsten der neuen Länder.

Die im Berichtsjahr 1996/97 in Ostdeutschland über die Arbeitsämter angebotenen Ausbildungsplätze wichen berufsstrukturell deutlich von den Bewerberwünschen ab. Die Stellen-Bewerber-Relation war gegenüber der Vorperiode zudem nur bei den Bereichen der Dienstleistungs- und technischen Berufe geringfügig gestiegen, sonst nahm sie weiter ab. Von den Bewerbern konnten in technischen Berufen nur ein Drittel und in den Dienstleistungsberufen insgesamt rund die Hälfte versorgt werden. In den Berufsgruppen hat sich die Stellen-Bewerber-Relation gegenüber der Vorperiode nur bei Bergleuten, Holzbearbeitern sowie Warenkaufleuten etwas mehr und bei Druckern, Warenprüfern sowie Körperpflegern marginal erhöht, sonst ist sie überall gesunken. Zuletzt gab es auch kaum noch freie Ausbildungsplätze, wenige in Fertigungsberufen und einige bei Warenkaufleuten.

In den neuen Ländern ist im Berichtsjahr 1997/98 die gleiche berufsstrukturelle Veränderung wie in der Vorperiode erkennbar. Ende März dieses Jahres fehlten Lehrstellen vorwiegend in technischen und Dienstleistungsberufen, zunehmend aber auch in land- und forstwirtschaftlichen sowie in den meisten Fertigungsberufen. Insbesondere bei Druckern, Bau-, Ernährungs- und Metallberufen, aber auch bei Warenkaufleuten sowie bei Körperpflegern, Gesundheits- und ähnlichen Berufen war die Stellen-Bewerber-Relation noch äußerst klein.

... und Bundesländern

Im Berichtsjahr 1996/97 ist in den alten Ländern, mit Ausnahme Nordrhein-Westfalens, die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen gegenüber der Vorperiode gesunken, besonders deutlich in Baden-Württemberg, Bayern und im Westteil Berlins. Allerdings wirkte sich in Bayern und Baden-Württemberg, bei der vergleichsweise guten Ausgangslage, die Abnahme noch nicht so dramatisch aus. In

allen Ländern gab es aber mehr Jugendliche als vorher, die eine Lehrstelle über die Arbeitsämter suchten. So nahmen die Stellen-Bewerber-Relationen überall — zum Teil beträchtlich — ab. Nur noch in Schleswig-Holstein übertraf die Zahl gemeldeter Ausbildungsplätze die der Bewerber geringfügig, in Bayern kam sie noch nahe heran, sonst lag sie darunter. In den meisten Bundesländern erreichte die Relation etwa 0,8.

In den westdeutschen Ländern und im Westteil Berlins setzten sich im Berichtsjahr 1997/98 die auf der Angebots- und der Nachfrageseite des Ausbildungsmarktes erkennbaren Veränderungen weitgehend fort. Nach dem ersten Halbjahr der laufenden Berichtsperiode war die Rangfolge der Länder bei der Stellen-Bewerber-Relation weitgehend stabil. Die Relationen waren aber überall mit der Ausnahme Bremens im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum schlechter.¹⁸

In den neuen Ländern wurde im Berichtsjahr 1996/97 die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze gegenüber der Vorperiode überall erhöht. In Sachsen-Anhalt und Thüringen verlief der Anstieg besonders kräftig, in Sachsen war er mit knapp einem Prozentpunkt am geringsten. Abgesehen vom Ostteil Berlins stand dem Mehr an gemeldeten Stellen in jeder Region jedoch eine annähernd gleiche Zunahme der Bewerberzahl gegenüber, so daß die Stellen-Bewerber-Relation in jedem Land etwa auf dem niedrigen Niveau der Vorperiode lag. Gemessen an der Relation war die Versorgungslage mit Ausbildungsstellen in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen am günstigsten, deutlich ungünstiger fiel sie in Brandenburg und Sachsen aus, am schlechtesten war sie erneut im Ostteil Berlins (Tabelle 4). Am Ende des Berichtsjahres stand in jeder Region eine hohe, oft gestiegene Zahl unversorgter Bewerber den noch wenigen freien Ausbildungsplätzen gegenüber, obwohl das Angebot an Ausbildungsplätzen durch Sonderprogramme erheblich ausgeweitet worden war. In Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern war der Anteil an den insgesamt verfügbaren Ausbildungsstellen deutlich größer als in den anderen Regionen; rund jede dritte gemeldete Stelle entfiel dort auf ein Programm. Insgesamt war es ein Viertel der bei den ostdeutschen Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsplätze, die durch die Bundesanstalt für Arbeit in überbetrieblichen Einrichtungen finanziert oder durch Lehrstelleninitiativen von Bund und neuen Ländern eingerichtet wurden. Von den durch die Initiative 1997 geförderten und bis zum Ende des Berichtsjahres eingerichteten 11 300 Ausbildungsstellen waren vier Fünftel bloß betriebsnahe oder außerbetriebliche Stellen und ein Fünftel sogar Plätze an beruflichen

¹⁷ Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, a.a.O., S. 536.

¹⁸ Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, a.a.O., S. 533.

Tabelle 4

Bei den Arbeitsämtern gemeldete Ausbildungsplätze und Bewerber in den neuen Bundesländern

	Ausbildungsplätze				Bewerber				Relation von Plätzen zu Bewerbern	
	1996/97			1. Halb- jahr ²⁾ 1997/98 in 1 000	1996/97			1. Halb- jahr ²⁾ 1997/98 in 1 000	1996/97	1. Halb- jahr ²⁾ 1997/98
	Insge- samt in 1 000	darunter: in Sonderformen ¹⁾			Insge- samt in 1 000	darunter: vermittelt in Sonderformen ¹⁾				
		in 1 000	Anteil in %			in 1 000 ³⁾	Anteil in %			
Mecklenburg-Vorpommern	20,3	5,7	28,1	9,3	29,2	5,5	18,7	23,2	0,70	0,40
Brandenburg	19,4	6,7	34,7	9,7	37,1	6,5	17,5	30,2	0,52	0,32
Sachsen-Anhalt	24,1	7,4	30,8	9,3	40,9	7,0	17,2	31,2	0,59	0,30
Sachsen	34,5	6,8	19,7	15,0	64,9	6,5	10,0	52,3	0,53	0,29
Thüringen	25,8	4,8	18,8	11,1	37,2	4,6	12,4	29,8	0,69	0,37
Berlin (Ost)	7,0	1,5	21,0	4,8	16,8	1,3	7,8	13,6	0,42	0,35
Insgesamt	131,0	33,0	25,2	59,3	226,0	31,4	13,9	180,4	0,58	0,33
1) Ausbildungsplätze in überbetrieblichen Einrichtungen nach Paragraph 40c und Ausbildungsplätze der Lehrstelleninitiative 1997 sowie des Sonderprogramms „Zukunftsinitiative Lehrstellen 1996“. — 2) 1. Oktober 1997 bis 31. März 1998. — 3) Verteilung auf Regionen geschätzt. Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW.										

Schulen. In Brandenburg und Sachsen war der Anstieg der Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze gegenüber der Vorperiode nur auf die Zunahme der Plätze in den Programmen zurückzuführen, in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zu einem erheblichen Teil. Allein in Thüringen und im Ostteil Berlins nahm die Zahl betrieblicher Plätze stärker zu als die in den Programmen.

In den ostdeutschen Ländern setzte sich im Berichtsjahr 1997/98 die vorherige Entwicklung auf dem Ausbildungs- markt weitgehend fort. Ende März lag die Stellen-Bewer- ber-Relation mit Ausnahme im Ostteil Berlins meistens noch unterhalb des vorjährigen Wertes. Bis dahin war es keinem gelungen, das Angebot an Ausbildungsplätzen in ausreichendem Maße zu erhöhen. Darüber hinaus wurden in Regionen mit leicht gesunkenen Bewerberzahlen, wie Sachsen und Sachsen-Anhalt, auch weniger Ausbil- dungsplätze gemeldet.¹⁹ Bereits im Frühjahr zeichnete sich die angespannte Lage auf dem Lehrstellenmarkt ab. Erneut wird sich eine beträchtliche Lücke bei den betriebli- chen Ausbildungsplätzen aufbauen.

Ausblick

Da sich die bisherige Entwicklung bei den Schulabgän- gerzahlen fortsetzt, fordert dies weiterhin eine beträcht- liche Steigerung des Angebots an betrieblichen Ausbil-

dungsplätzen, damit allen nachfragenden Jugendlichen eine Stelle angeboten werden kann.²⁰ Dies ist aber nur zu erreichen, wenn Teile der Wirtschaft und der öffentlichen Arbeitgeber ihrer Verpflichtung nachkommen und mehr zur Deckung des Bedarfs an Lehrstellen beitragen.²¹ Dies befreit die Wirtschaftspolitik jedoch nicht von der Aufgabe, die Beschäftigungslage über einen kräftigen und länger andauernden Aufschwung grundlegend zu verbessern.

Bei den vorhandenen berufsstrukturellen und regiona- len Ungleichgewichten zwischen gemeldeten Ausbil- dungsstellen und Bewerbern wird es für Schulabgänger weiterhin schwierig sein, in strukturschwachen Regionen überhaupt eine Lehrstelle zu erhalten, geschweige denn eine im gewünschten oder in einem ähnlichen Beruf. Dabei sind die Jugendlichen bei der Lehrstellensuche nach

¹⁹ Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, a.a.O., S. 533 ff. und auch dieselbe: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Heft 6, Nürn- berg 1998, S. 643.

²⁰ Vgl. beispielsweise Uta von Leesen: Halbjahresbilanz zum Ausbildungsstellenmarkt. In: Walter Lutz (Hrsg.): Arbeit und Beruf, Nr. 5, Nürnberg 1998, S. 136 f.

²¹ Nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit müßten im Berichtsjahr 1997/98 rund 25 000 betriebliche Ausbildungsplätze mehr als im Vorjahr bereitgestellt werden.

Angaben der Berufsberatung oft sehr konzessionsbereit. In Ostdeutschland müssen darüber hinaus noch auf lange Zeit außerbetriebliche Ausbildungsplätze angeboten werden.

Es ist prekär, daß immer mehr Jugendliche — zumindest zwischenzeitlich — an berufliche Schulen und Einrichtungen ausweichen, die das duale System nur ergänzen, aber keine vollwertige Berufsausbildung vermitteln. Bisher konnte der Verlust an hochwertigen Lehrstellen weder in Westdeutschland noch in Ostdeutschland durch ein entsprechendes Angebot an neuen betrieblichen Ausbildungsstellen ausgeglichen werden. Solche Stellen sind aber notwendig, um den Standort Deutschland mittelfristig durch die Qualifizierung möglichst aller Jugendlichen zu stärken und gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung zu schaffen, die soziale Stabilität über die Generationen zu bewahren.

Es ist bekannt, daß der Abbau von Lehrstellen, um kurzfristig eine Kostenoptimierung zu erreichen, mittelfristig in die Sackgasse führt, denn die Unternehmen werden dann künftig Schwierigkeiten bei der Rekrutierung qualifizierten Personals bekommen. Zudem wird es nicht weiterhin eine so hohe Subventionierung bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen — vornehmlich in Ostdeutschland — geben, weil die Finanzmittel in den öffentlichen Haushalten der Bundes- und Länderebene knapp sind. Auswirken wird sich dies auch auf Schulen und Hochschulen, bei

denen sich bereits gegenwärtig die zu geringe Finanzausstattung negativ auf Klassenfrequenz, Betreuungsrelation, Stundentafel, Personal und Sachmittel auswirkt.

Die Erfüllung der Aufgabe, das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen zu erhöhen und diesen Anstieg mittelfristig zu verstetigen, ist freilich nicht durch einfache, plakative Lösungen zu erreichen. Nur intelligente und aufeinander abgestimmte Maßnahmen führen weiter. Dazu gehören mehr tarifvertragliche Vereinbarungen, in denen auch die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze geregelt wird, die Ausweitung der Verbundausbildung in Kooperation mit der Wirtschaft sowie die Initiierung weiterer regionaler Bündnisse zur Schaffung von Ausbildungsplätzen durch Staat, Arbeitsverwaltung, Wirtschaft und Verbände auf der Basis mehrjähriger Verträge. Auch eine zwischenzeitliche Verlagerung von Ausbildungsabschnitten dafür geeigneter kaufmännischer Berufe auf schulische Einrichtungen kann mehr Lehrstellen für Bewerber schaffen.

Über die Subventionierung der Ausbildungsplätze in den neuen Ländern hinaus darf nicht vergessen werden, daß auch in den alten Ländern in strukturschwachen Gebieten Lehrstellen fehlen. Es muß eine Lösung gesucht werden, nach der bundesweit Plätze in strukturschwachen Räumen gefördert werden können. Zu berücksichtigen wäre dabei auch der mittelfristige Bedarf an Ausbildungsplätzen. Bei der sich abzeichnenden mittelfristigen Enge auf dem Lehrstellenmarkt werden freilich auch Teile der Wirtschaft, die nicht ausbilden, zunehmend unglaubwürdiger.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>
Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.
Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Arbeitszeitpräferenzen in West- und Ostdeutschland — Potential für Verkürzung der Arbeitszeit gesunken.
Bearbeitet von Elke Holst und Jürgen Schupp. —

Lehrstellenmangel in Deutschland bisher nicht behoben. Bearbeitet von Wolfgang Jeschek.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

— Hierzu 1 Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —